

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 22. JANUAR 2021



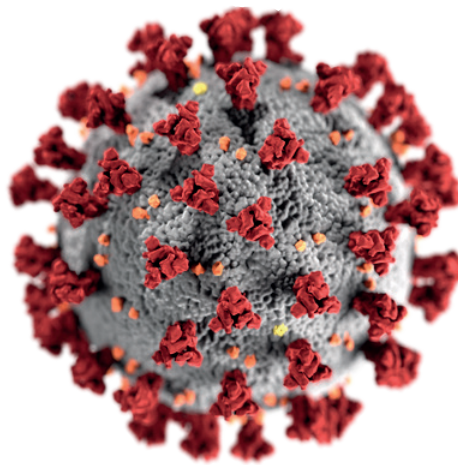
BÜRGERSCHAFT UNTERSTÜTZT CORONA-MASSNAHMEN

Die Bürgerschaft hat heute eine Verlängerung sowie eine teilweise Verschärfung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mitgetragen. In einer Regierungserklärung hatte Bürgermeister Andreas Bovenschulte zunächst die Beschlüsse von Ministerpräsident*innen und Bundeskanzlerin vom vergangenen Dienstag sowie deren Bremer Umsetzung vorgestellt. In der anschließenden Debatte bezeichnete der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, diese Beschlüsse als richtig und wichtig. Es gebe aber auch Entwicklungen, die Hoffnung machten.

So habe Bremen derzeit den niedrigsten Inzidenzwert im Bundesländervergleich. Auch zeige die Impfstrategie in Bremen Wirkung. „Wir können zu Recht stolz darauf sein, dass wir bei unserer Impfquote von 1,9 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 Prozent liegen“, sagte Güngör. „Der Senat hat zudem entschieden, dass die Kosten für eine etwaige Taxifahrt zum Impfzentrum für alle Menschen ab 80 Jahren übernommen werden. Dies wird dazu beitragen, die Impfquote weiter zu erhöhen und ist erneut ein wichtiges Signal.“ Eine positive Nachricht aus den Beratungen von Bund und Ländern sei dabei auch, dass gemeinsame Anstrengungen unternommen werden sollen, um bis zum Ende des Sommers allen Impfwillingen ein Angebot zu machen. Bremen erarbeite dabei eine Kampagne, um die Impfbereitschaft zu erhöhen. Verschiedene Anlaufstellen stünden bereits jetzt für Fragen zur Verfügung. Güngör: „Es ist wichtig, den Menschen die Sorgen in Bezug auf die Impfung zu nehmen, denn sie ist, und da bin ich überzeugt, der einzige Weg aus dieser Krise!“

„Am entschlossenen Kurs der rot-grünen Regierung hat sich nichts geändert. Und unser Senat hat in dieser Krise besonnen und frühzeitig reagiert - und dafür gebührt ihm unser Dank“, so der Sozialdemokrat weiter. Dabei nannte er als Beispiel etwa die Verteilung kostenloser FFP2-Masken an alle Bürger*innen im Land Bremen über 65 Jahre. Dies sei ein wichtiger Grundstein im Kampf gegen das weitere Infektionsgeschehen gewesen. Durch die Aufstockung des Personals könne das Gesundheitsamt inzwischen wieder eine sehr gute Kontaktnachverfolgung gewährleisten. Zudem sei es durch eine Maskenpflicht in den Stadtteilzentren und die Einstellung von Streetworkern gelungen, die Inzidenzwerte in jenen Stadtteilen zu verbessern, in denen die Menschen beengt leben. „Wenn wir hier weiter verbessern können, werden wir das als rot-grün-rote Koalition tun“, sagte Güngör.

Doch auch, wenn die bisher gültigen Maßnahmen Wirkung zeigten und die Inzidenzzahlen bundesweit sanken, sei man von der Zielmarke von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Menschen in sieben Tagen noch weit entfernt. Zudem bereite Wissenschaftlern eine Virusmutation große Sorge, die anscheinend deutlich ansteckender sei. „Die Fortführung des Lockdowns im gesamten Bundesgebiet bis zum 14. Feb-



Wikimedia/CDC/ Alissa Eckert, MS; Dan Higgins,MAMS

ruar ist daher die logische Konsequenz. Bei den Maßnahmen wird mit Augenmaß an wichtigen und richtigen Stellen nachjustiert, während bewährte Regeln bestehen bleiben“, betonte Güngör. So blieben die bisher geltenden Kontaktbeschränkungen in Kraft. Im ÖPNV und Geschäften gebe es jedoch eine Verschärfung, da medizinische Masken getragen werden müssten. „Uns als SPD ist es in diesem Zusammenhang besonders wichtig, dass dies nicht zulasten des Geldbeutels von Geringverdienern geht. Es muss gewährleistet sein, dass Personen mit niedrigem Einkommen die Masken ebenfalls erhalten können. Deswegen hat der Senat angekündigt, dass allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlose FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden – eine sehr gute und richtige

Maßnahme!“ Güngör unterstützte zudem den Bremer Kurs, die Schulen offen zu halten, die Präsenzpflcht aber weiterhin auszusetzen, wobei als Reaktion auf die neue Virusmutation



Mustafa Güngör

Kindertagesstätten in den eingeschränkten Regelbetrieb und die Schulen zum größten Teil in ein Wechselmodell mit Halbgruppen wechseln sollen. Güngör: „Wir als SPD richten unser Augenmerk insbesondere auf jene Kinder, die keine ausreichende Unterstützung und Förderung im ‚Homeschooling‘ erhalten können. Und weil der Anteil der Kinder, die in bildungsbenachteiligten Lebensumständen aufwachsen, im Land Bremen leider besonders hoch ist, gilt es, diese Kinder nicht allein zu lassen.“

Güngör begrüßte zudem die Verbesserungen, die Bund und Länder bei der Überbrückungshilfe III beschlossen hätten und die deutliche Verbesserungen für die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen bedeuteten. Und er unterstützte die Anforderung an Unternehmen, Homeoffice zu ermöglichen – betonte dabei aber auch, dass Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmer*innen in Heimarbeit geprüft und der Infektionsschutz für all jene verbessert werden müsse, die nicht von zu Hause aus arbeiten könnten.

„Wir müssen gemeinsam und im Schulterschluss aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft daran arbeiten, dass die Inzidenzwerte nun merklich sinken. Dabei vertrauen wir auf den Fahrplan unseres Senats“, so Güngör abschließend. „Wir wissen aber auch: Nur wenn jeder und jede verzichtet und einen Beitrag leistet, dann führt der Weg aus der Pandemie heraus. Die Zielmarke von 50 ist schaffbar, aber wir müssen dafür noch einmal alle Kräfte bündeln!“